

**NIEDERSCHRIFT  
ZUR SITZUNG DES  
RATES**

<b>Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:</b> 33. Rat 2004-2009 <b>Sitzungsdatum:</b> 26.02.2008  <b>Niederschrift</b>
--

Übach-Palenberg, den 26.02.2008

Unter dem Vorsitz der Ersten stellvertretenden Bürgermeisterin Eva Maria Piez versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

**Rat der Stadt Übach-Palenberg**

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

**Tagesordnung**

- A) **Öffentliche Sitzung**
1. Genehmigung der Niederschriften der letzten Sitzungen
  2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 14.08.2007 aus öffentlicher Sitzung
  3. Erweiterung Feuerwehrrätehaus Boscheln
  4. 28. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Marienstraße/Grenzweg  
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Feststellungsbeschluss
  5. 31. Änderung des Flächennutzungsplanes - P+R-Platz -  
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Feststellungsbeschluss
  6. Bebauungsplan Nr. 107 - Rathausplatz 2 -  
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
  7. Erschließung für den Bebauungsplan 98 - Wurmbenden
  8. EuRegionale-Projekte "Grenzland Wurmatal" und "Grünmetropole"  
hier: Informationspunkt Naherholungsgebiet
  9. Entscheidung über die Modernisierungsvarianten des Freibades der Stadt Übach-Palenberg und Herstellung einer Brunnenanlage
  10. Verkehrsverhältnisse auf der Geilenkirchener Straße  
a) Antrag der CDU-Fraktion  
b) Anregung von Einwohnern
  11. Zuschussantrag der Sankt Franziskus Schützenbruderschaft Marienberg 1949 e. V. zur Errichtung eines Armbrustschießstandes mit Fangkorb
  12. Zuschussantrag der Dorfgemeinschaft Siepenbusch

13. Beratung und Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2008
14. Beratung und Erlass der Haushaltssatzung für das Jahr 2008 und der Beschluss über das Investitionsprogramm sowie Kenntnisnahme von der Finanzplanung
15. Bekanntgabe und Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Haushaltsjahr 2007 nach § 82 (1) GO NW (alte Fassung)
16. Bekanntgabe des Ergebnisses der Jahresrechnung 2007 nach § 92 (2) GO NW (alte Fassung)
17. 6. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Übach-Palenberg
18. 3. Änderung der Zuständigkeitsordnung für den Rat, die Ausschüsse und den Bürgermeister vom 17.09.1999  
hier: personalrechtliche Entscheidungen
19. Entsendung von Delegierten in die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Eifel-Rur
20. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 20.1. Zuschuss zu dem Projektconcept „Brücke – Vertiefte Berufsorientierung“ der AWO Service gGmbH und der Caritas Werkstatt Schierwaldenrath gGmbH
- 20.2. Einrichtung einer zusätzlichen Planstelle in der Entgeltgruppe 5 TVöD
21. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- 21.1. Bericht zum Sachstand der Euregionale 2008; Stand: Februar 2008
22. Einwohnerfragestunde
- B) Nichtöffentliche Sitzung**
23. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 14.08.2007 aus nichtöffentlicher Sitzung
24. Vertragsangelegenheiten
- 24.1. Nachtrag zum Konzessionsvertrag der Kreiswerke Heinsberg (KWH)
- 24.2. Angebot der NVV an die KWH über die Anpachtung der Energiesparte bei der west
25. Vergabeangelegenheit
- 25.1. Vorstellung und Beschluss eines Pflichtenheftes zur Durchführung einer Ausschreibung zur Herausgabe des Amtsblattes

- 26. Erweiterungen zur Tagesordnung
  - 26.1. Vergabe zur Erneuerung der EDV-Verkabelungsinfrastruktur bei der Stadtverwaltung Übach-Palenberg
  - 26.2. Stellenbewertungen bei der Stadt Übach-Palenberg
  - 26.3. Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung; hier: Beschaffung einer Software
  - 27. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
  - 27.1. Erläuterungen zum Stellenplan für das Haushaltsjahr 2008 (vertraulich)
  - 27.2. Erläuterung zur Sitzungsvorlage 2004-2009 SV 0940
- Anfrage

#### **Anwesenheitsliste:**

##### **Stadtverordnete**

Frau Bäbel Bartel	SPD	
Herr Sven Bildhauer	SPD	
Frau Roswitha Bischhaus-Trotnow	UWG	
Herr Bernhard Brade	CDU	
Herr Thomas Dieckmann	UWG	
Herr Herbert Fibus	SPD	
Herr Joachim Fröhlich	SPD	(ab TOP 14; 17:40 Uhr)
Herr Fred Fröschen	CDU	
Herr Josef Fröschen	CDU	
Herr Peter Fröschen	CDU	
Frau Karin Fürkötter	SPD	
Herr Paul Josef Gerschel	SPD	
Frau Silvia Gillen	CDU	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Herbert Konrads	CDU	
Herr Leo Meertens	UWG	
Frau Petra Meyer	UWG	
Herr Manfred J. Offermanns	FDP	
Frau Eva Maria Piez	SPD	
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen	
Frau Vera Sarasa	UWG	
Herr Wolfgang Schneider	SPD	
Herr Matthias Spätgens	SPD	
Herr Gerd Streichert	SPD	
Frau Erika Tanzer	SPD	(ab TOP 9; 17:20 Uhr)
Herr Jörg Ulrich	CDU	
Herr Björn Utecht	B'90/Die Grünen	
Frau Corinna Weinhold	UWG	
Herr Heiner Weißborn	SPD	
Herr Hubert Wynands	CDU	

### Es fehlten

Herr Bürgermeister Paul Schmitz Kröll  
Herr Hans-Josef Krawanja                      SPD  
Herr Hans-Georg Overländer                SPD

### Verwaltungsbedienstete

Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski  
Herr Beigeordneter für Planen und Bauen Volker Schlüter  
Herr Kämmerer Bernd Schmitz  
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek  
Herr Stadtoberverwaltungsrat Hans-Peter Gatzen  
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen  
Herr Stadtverwaltungsrat Helmut Mainz  
Frau Schwimmmeisterin Sabine Maass  
Frau Stadtinspektorin Jutta Gündling

### Schriftführer

Herr Stadtamtsrat Thomas Schröder

**Erste stellvertretende Bürgermeisterin Piez** stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Sie begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und Vertreter der Presse.

Sie erklärte, dass sie für den erkrankten Bürgermeister Schmitz-Kröll auch heute die Sitzungsleitung übernehme. Sie sprach auch im Namen aller Stadtverordneten dem Bürgermeister die herzlichsten Genesungswünsche aus.

Sie verwies darauf, dass die Tagesordnung um zwei fristgerechte Erweiterungen zu den Tagesordnungspunkten 20.1 „Zuschuss zu dem Projektkonzept „Brücke - vertiefte Berufsorientierung“ der AWO-Service gGmbH und der Caritaswerkstatt Schierwaldenrath gGmbH“ und 26.1 „Vergabe zur Erneuerung der EDV-Verkabelungsinfrastruktur bei der Stadt Übach-Palenberg“ ergänzt wurde.

Daneben werde vorgeschlagen, die Tagesordnung um die Punkte 20.2 „Einrichtung einer zusätzlichen Planstelle in der Entgeltgruppe 5 TVöD“ sowie der hier zugehörigen Sitzungsvorlage unter 27.2 und um die aus der Haupt- und Finanzausschusssitzung vertagten Punkte 26.2 „Stellenbewertungen bei der Stadt Übach-Palenberg“ und 26.3 „Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung“ zu erweitern.

Wie bereits in der Haupt- und Finanzausschusssitzung vorgeschlagen, stelle sie auch die Absetzung des Tagesordnungspunktes 6 „Bebauungsplan Nr. 107 – Rathausplatz 2“ sowie die Vertragung des Punktes 25.1 „Vorstellung und Beschluss eines Pflichtenheftes zur Durchführung einer Ausschreibung zur Herausgabe eines Amtsblattes“ zur Abstimmung. Letzterer solle dann in den Aprilsitzungen von HuFA und Rat wieder auf die Tagesordnung genommen werden.

### Beschluss:

**Die Tagesordnung wird um folgende Punkte erweitert:**

**20.2 Einrichtung einer zusätzlichen Planstelle in der Entgeltgruppe 5 TVöD**

**26.2 Stellenbewertungen bei der Stadt Übach-Palenberg**

**26.3 Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung  
hier: Beschaffung einer Software**

**27.2 Erläuterungen zur Sitzungsvorlage 2004-2009 SV 0940**

**Von der Tagesordnung werden folgende Punkte abgesetzt:**

**6. Bebauungsplan Nr. 107 Rathausplatz 2  
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**

**Folgender Punkt wird ebenfalls abgesetzt und in der Aprilsitzung von HuFA und Rat erneut beraten:**

**25.2 Vorstellung und Beschluss eines Pflichtenheftes zur Durchführung einer Ausschreibung zur Herausgabe des Amtsblattes**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

**Erste stellvertretende Bürgermeisterin Piez** verwies darauf, dass im Protokoll zur letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung unter Punkt 20.2 „EuRegionale-Projekt ‚Via Belgica‘, hier: Durchführung eines Römerfestes“ irrtümlich der Beschluss als Beschlussempfehlung betitelt worden sei. Der Haupt- und Finanzausschuss habe hierüber wie vorgesehen abschließend beschlossen.

A) Öffentliche Sitzung

1 **Genehmigung der Niederschriften der letzten Sitzungen**

---

Beschluss:

Die Niederschriften der letzten Ratssitzungen vom 11.12.2007 und 29.01.2008 werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2 **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 14.08.2007 aus öffentlicher Sitzung**

---

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 14.08.2007 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3 **Erweiterung Feuerwehrgerätehaus Boscheln**

---

Beschluss:

Die im Haupt- und Finanzausschuss vorgestellte Planung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4 **28. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Marienstraße/Grenzweg**

**hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Feststellungsbeschluss**

---

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass sie sich daran erinnere, dass bei der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung zu Unterpunkt 3 der Beschlussempfehlung sowohl sie als auch der Stadtverordnete Meertens gegen die Feststellung der 28. Änderung des Flächennutzungsplanes gestimmt hätten. Im Protokoll sei hier aber ein einstimmiger Beschluss vermerkt. Sie bitte dies heute mit ins Protokoll aufzunehmen.

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass seitens der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen vorgebracht wurden.

2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen wird entsprechend der Anlage 2.1 entschieden (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Die 28. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich “Marienstraße/Grenzweg” wird festgestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

1. Einstimmig
2. 22 Ja-Stimmen  
6 Nein-Stimmen
3. 22 Ja-Stimmen  
6 Nein-Stimmen

- 5 31. Änderung des Flächennutzungsplanes - P+R-Platz -  
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Feststellungsbeschluss
- 

**Beschluss:**

1. Es wird festgestellt, dass seitens der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen vorgebracht wurden.
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen wird entsprechend der Anlage 2.1 entschieden (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Die 31. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich - P+R-Platz - wird festgestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

1. Einstimmig
2. 22 Ja-Stimmen  
6 Nein-Stimmen
3. 22 Ja-Stimmen  
6 Nein-Stimmen

- 6 **Bebauungsplan Nr. 107 - Rathausplatz 2 -**  
hier: **Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**
- 

Dieser Punkt wurde zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt.

- 7 **Erschließung für den Bebauungsplan 98 - Wurmbenden**
- 

**Beschluss:**

Dem als Anlage beigefügten Städtebaulichen Vertrag und Erschließungsvertrag zwischen der Stadt Übach-Palenberg und der Firma Willi Dohmen GmbH & Co. KG, Hasenbuschstraße 46, 52531 Übach-Palenberg, wird zugestimmt (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

- 8 **EuRegionale-Projekte "Grenzland Wurmatal" und "Grünmetropole"**  
hier: **Informationspunkt Naherholungsgebiet**
- 

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Fördervoraussetzungen für das erweiterte Planungskonzept zu schaffen und auf der Grundlage der vorgestellten Genehmigungsplanung einen Bauantrag zu stellen.

**Abstimmungsergebnis:**

22 Ja-Stimmen  
6 Nein-Stimmen

- 9 **Entscheidung über die Modernisierungsvarianten des Freibades der Stadt Übach-Palenberg und Herstellung einer Brunnenanlage**
- 

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass sich die SPD-Fraktion ausführlich mit dieser Thematik in der Vergangenheit beschäftigt habe. Bei den nunmehr zur Auswahl stehenden Varianten spreche sie sich für eine konventionelle Bauweise des Freibades sowie die Errichtung einer Brunnenanlage aus.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte ebenfalls, dass die CDU-Fraktion dieses Thema sehr intensiv beraten habe. Auch sie spreche sich unter Würdigung sämtlicher

Aspekte für eine konventionelle Bauweise und die Errichtung einer Brunnenanlage aus.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Errichtung eines Naturbadeteichs nach wie vor favorisiere. Man könne aber auch mit einem konventionellen Freibad leben und freue sich darauf im Jahre 2009 wieder eine Wasserfläche im Außenbereich zur Verfügung zu haben.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass die UWG-Fraktion die Vorschläge nicht mittragen könne. Sie erinnerte daran, dass vor gut einem Jahr bei dem Grundsatzbeschluss zur Errichtung des Freibades das Ausgabenvolumen auf 1,5 Mio. Euro gedeckelt werden sollte. Diese Forderung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Weißborn sei jetzt offensichtlich Makulatur. Die UWG-Fraktion bitte die vorgelegten Planungen insoweit anzupassen, dass eine deutliche Kostenersparnis bei der Realisierung dieses Projektes erreicht werden könne. Grundsätzlich stehe man den Überlegungen zur Realisierung eines Naturbadeteichs nicht abgeneigt gegenüber.

Stadtverordneter **Weißborn** zeigte sich verwundert über den Standpunkt der UWG-Fraktion. Er erinnerte daran, dass auch gerade die Vorsitzende Frau Weinhold Mitglied des Arbeitskreises gewesen sei und über die Entwicklung im letzten Jahr sehr wohl informiert war. Demnach müsste sie doch wissen, dass eine Realisierung unter den damals vorgegebenen Eckpunkten nicht umsetzbar sei. Sich jetzt mit dieser Begründung zu melden und eine Korrektur der Vorschläge zu verlangen, sei unredlich. Dann sei es wesentlich ehrlicher, offen zu sagen, dass man das Konzept eines Freibades grundsätzlich nicht umgesetzt haben wolle.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass er sich seinem Vorredner nur anschließen könne. Eine Deckelung der Kosten hätte zwangsläufig dazu geführt, dass lediglich ein kleiner Badebereich zur Verfügung gestanden hätte. Es mache keinen Sinn, dass ein Freibad nur aus einer „Badewanne“ bestehe.

#### **Beschluss:**

- a) **Das Freibad der Stadt Übach-Palenberg wird in konventioneller Bauweise modernisiert.**
- b) **Unabhängig von diesen Alternativen wird eine Brunnenanlage für das gesamte Hallenfreibad hergestellt.**

#### **Abstimmungsergebnis:**

- a) **20 Ja-Stimmen  
7 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen**
- b) **Einstimmig**

**10 Verkehrsverhältnisse auf der Geilenkirchener Straße**

- a) Antrag der CDU-Fraktion
  - b) Anregung von Einwohnern
- 

**Beschluss:**

Der von der Verwaltung vorgelegte Bericht wird zur Kenntnis genommen. Die bereits durchgeführten Maßnahmen werden begrüßt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**11 Zuschussantrag der Sankt Franziskus Schützenbruderschaft Marienberg 1949 e. V. zur Errichtung eines Armbrustschießstandes mit Fangkorb**

---

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die SPD-Fraktion sowohl diesem als auch dem folgenden Zuschussantrag zustimmen werde.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass auch die CDU-Fraktion beide Zuschussanträge unterstütze.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass die UWG-Fraktion der Sitzungsvorlage nicht zustimmen könne. Sie wies auch darauf hin, dass die Berechnung in der Anlage in Bezug auf Material und Betonkosten einen kleinen Rechenfehler beinhalte.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, dass man den vorliegenden Antrag unterstütze und bezüglich des nachfolgenden Antrages unter Punkt 12 anfänglich Bedenken gehabt habe, ihn jedoch nunmehr ebenfalls unterstütze.

**Beschluss:**

Der Sankt Franziskus Schützenbruderschaft Marienberg 1949 e. v. wird zur Errichtung eines Armbrustschießstandes auf dem städt. Grundstück (Bolzplatz) in Marienberg, an der Hügelstraße ein Zuschuss in Höhe von 10.000,- € bewilligt.

**Abstimmungsergebnis:**

23 Ja-Stimmen  
6 Nein-Stimmen

**12 Zuschussantrag der Dorfgemeinschaft Siepenbusch**

---

**Beschluss:**

Die Stadt Übach-Palenberg gewährt der Dorfgemeinschaft Siepenbusch einen

**einmaligen Baukostenzuschuss in Höhe von 10.000 Euro zur Errichtung eines Dorfgemeinschaftshauses auf dem Dorfplatz in Siepenbusch.**

**Abstimmungsergebnis:**

**22 Ja-Stimmen  
6 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung**

**13 Beratung und Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2008**

---

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die SPD-Fraktion zwei Änderungsvorschläge zum Stellenplan abgeben wolle. Im Bereich der Beamten - gehobener Dienst - A10 solle von den zwei ausgewiesenen Stellen eine gestrichen werden. Im Bereich der Beschäftigten solle bei der Entgeltgruppe 11 von den zwei ausgewiesenen Stellen ebenfalls eine gestrichen werden. Ansonsten sei man bereit, diesem Entwurf so zuzustimmen.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass die CDU-Fraktion keine Änderungsvorschläge vorbringe. Man habe zu Beginn auch darüber nachgedacht in einigen Punkten Korrekturen vorzunehmen, sich jedoch dazu entschlossen, den Entwurf in der vorgelegten Form so zu unterstützen.

**Erste stellvertretende Bürgermeisterin Piez** ließ daraufhin über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion zuerst abstimmen.

**Beschluss:**

**Der Stellenplan der Beamten und tariflich Beschäftigten für das Haushaltsjahr 2008 wird wie folgt geändert:**

**Von den zwei als A 10 ausgewiesenen Beamtenstellen wird eine gestrichen.  
Von den zwei in Entgeltgruppe 11 ausgewiesenen Beschäftigtenstellen wird ebenfalls eine gestrichen.  
Ansonsten werde dem Stellenplan in der vorgelegten Form zugestimmt.**

**Abstimmungsergebnis:**

**12 Ja-Stimmen  
16 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung**

**Erste stellvertretende Bürgermeisterin Piez** erklärte, dass der Änderungsvorschlag damit abgelehnt sei. Sie ließ daraufhin über den Vorschlag der Verwaltung abstimmen.

**Beschluss:**

**Dem Stellenplan der Beamten und tariflich Beschäftigten für das Haushaltsjahr 2008 wird zugestimmt.**

## Abstimmungsergebnis:

**Einstimmig**

### **14 Beratung und Erlass der Haushaltssatzung für das Jahr 2008 und Beschluss über das Investitionsprogramm sowie Kenntnisnahme von der Finanzplanung**

---

**Erste stellvertretende Bürgermeisterin Piez** bat die Fraktionsvorsitzenden und Parteienvertreter um ihre Haushaltsreden.

Stadtverordneter **Weißborn** führte aus:  
(Es gilt das gesprochene Wort)

„Sehr geehrte Frau stellvertretende Bürgermeisterin Piez,  
sehr geehrter Herr Beigeordneter Piotrowski,  
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Meine heutige Anrede ist schon eine absolute Ausnahme. Lautete sie doch in der Vergangenheit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren. Den Bürgermeister kann ich heute nicht begrüßen, da er leider erkrankt ist. Ich möchte ihm von dieser Stelle aus im Namen der SPD-Fraktion und ganz besonders auch von mir persönlich, die besten Genesungswünsche übermitteln. Und da er diese Rede sicher irgendwann lesen wird: „Lieber Paul, erhole Dich gut und ich wünsche Dir, dass Du bald wieder auf dem Damm bist.“

Meine Damen und Herren,  
eigentlich sollte es wieder mehr Spaß machen eine Haushaltsrede zu halten. Waren die vergangenen Jahre schließlich von Unsicherheit, ja sogar von Ängsten geprägt wie es mit den kommunalen Finanzen wohl weitergeht.

Beginnend mit dem Haushaltsjahr 2007 zeigten sich erste positive Signale. War es 2007 noch die erfreuliche Nachricht, das eine Entnahme aus der damals ganz mageren Rücklage nicht erforderlich ist, ist es heute die Mitteilung, dass wir wieder eine, wenn auch bescheidene, „freie Spitze“ haben. Nur für die Ratsmitglieder, die noch nicht in der vierten Legislaturperiode, also noch keine 16 Jahre Mitglied dieses Rates sind und somit diesen Begriff gar nicht kennen dürften: Gelder der freien Spitze sind Überschüsse aus dem Verwaltungshaushalt, mit dem man machen kann was man will. Außer vertrinken natürlich und im Sinne der Stadt sollen sie auch verwendet werden.

Bei Gelegenheiten wie dieser, haben sich die Fraktionsvorsitzenden vor 1992 immer darüber gestritten, wie diese „freie Spitze“ wohl am Besten verwendet werden kann und wenn ich mir unsere Stadt so ansehe, meistens mit gutem Erfolg. Ich weiß wovon ich rede, denn ich bin selber bereits seit 24 Jahren dabei. Seit dem war es schwieriger ÜP zu gestalten.

Trotzdem ist uns viel Positives gelungen und zwar so, dass niemand auf der Strecke geblieben ist und auch die soziale Gerechtigkeit in ÜP immer ihren Platz hatte. So haben wir, im Gegensatz zu einigen anderen Städten, den Vereinen kein Geld weg-

genommen und sie mit zusätzlichen Ausgaben für Turnhallen oder Übungsplätze belastet.

Ich habe dies bereits mehrfach gesagt, es hätte die Finanzen unserer Stadt auch nicht gerettet, sind wir doch zu einem ganz großen Teil von Zuwendungen, Zuschüssen und Umlagen abhängig.

Allein in diesem Haushalt bringen wir, was die Bruttoeinnahmen angeht lediglich 42 % aus eigener Steuerkraft auf, der Rest kommt durch Schlüsselzuweisungen und den Gemeindeanteilen an der Einkommen- und Umsatzsteuer zusammen. Übersetzt bedeutet dies, dass unser eigener Einfluss auf unsere finanzielle Situation begrenzt ist und die Städte deshalb fast nur über die Ausgabenseite maßgeblichen Einfluss nehmen können. Und selbst dabei ist der fremdgesteuerte Anteil ganz erheblich.

Allein in diesem Jahr zahlen wir sage und schreibe rd. 14,5 Mio. Euro an Kreisumlage, dem höchsten Wert, den wir jemals hatten! Hinzu kommen Wasserverbandsumlage, Gewerbesteuerumlage, der Fonds deutsche Einheit und natürlich unsere jährliche, viel zu hohe Zinsbelastung.

Bei allen Widrigkeiten bin ich aber dennoch sicher, dass sich unsere Stadt in den nächsten Jahren weiter erholen wird und die Entwicklung hat uns gezeigt, dass wir richtig gehandelt haben, indem wir in den vergangenen Jahren unsere Infrastruktur nicht durch kurzfristiges Sparen zerstört haben.

In Finanzdingen ist eben Sorgfalt und nicht Kleingeist angesagt.

Eine bloße Wiederholung der Zahlen würde Sie nur langweilen, sie sind schließlich dem vorgelegten Haushalt zu entnehmen und der Bürgermeister hat sie bei seiner Einbringungsrede ebenfalls genannt. Statt dessen will ich mich auf Bewertung beschränken und Ihnen sagen, was die SPD-Fraktion von diesem Entwurf und der damit einhergehenden politischen Diskussion hält:

#### Personal

Ich will mit dem Personal und den daraus resultierenden Kosten beginnen.

Im Haushalt sind Sie, Herr Schmitz, von einer Personalkostensteigerung von 6,38% ausgegangen. In dieser Kalkulation ist eine tarifliche Erhöhung von 2,9% ab dem 1.1.2008 einkalkuliert.

Ob dies ausreichend war, wird sich wohl erst nach dem Tarifabschluss im öffentlichen Dienst erweisen. Ich glaube zwar, dass es zu einem deutlich höheren Abschluss kommen wird, aber wenn ich bedenke, dass diese Steigerung nicht zum 1.1.08 gelten wird, dann sollten wir mit diesem Ansatz einigermaßen hinkommen.

Wir Ratsmitglieder sehen diese Entwicklung wohl mit einem lachendem und einem weinendem Auge. Das weinende Auge betrachtet verständlicherweise zunächst die bevorstehenden höheren Personalkosten. Ich jedoch muss gestehen, dass bei mir das lachende Auge aber stärker ausgeprägt ist.

Haben doch die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst seit Jahren keine Steigerung mehr erhalten. Rechnet man dann noch die gestiegenen Lebenshaltungskosten dazu, dann haben sie unter dem Strich ein ganz schlechtes Geschäft gemacht!

Darüber hinaus müssen wir natürlich auch darüber nachdenken, ob unsere Mitarbeiter noch leistungsgerecht bezahlt werden. Nur wer das Gefühl hat, von seinem Arbeitgeber nicht über den Tisch gezogen zu werden, der wird auch vernünftige Leis-

tungen bringen. Angepasste Entlohnung, Übertragung von Verantwortung, eine klare und verlässliche Führungslinie führen letztendlich dazu, dass personelle Ressourcen nicht verschwendet werden und die Motivation deutlich verbessert wird.

Im Mai stehen im Hause wieder Personalratswahlen an.

Jetzt liegt es mir und wahrscheinlich dem ganzen Rat fern, sich in diese internen Abläufe einzumischen. Es ist auch gar nicht unsere Aufgabe.

Nun gibt es aber bei den bevorstehenden Wahlen eine Besonderheit. Die Mitarbeiter der Verwaltung, die heute in der ARGE ihren Dienst tun, sollen evtl. an den Wahlen nicht teilnehmen dürfen! Und das obwohl eine seinerzeit getroffene Dienstvereinbarung dies ausdrücklich vorsieht! Hier beruft man sich auf die Rechtswidrigkeit dieser Vereinbarung zwischen Bürgermeister, es ist damit die Verwaltung gemeint, und Personalrat. Meine Damen und Herren, das kann doch nicht wahr sein! Ein solches Bestreben muss schnellstens wieder in der Schublade verschwinden und ich bin mir ganz sicher, dass die Solidarität aller städtischen Bediensteten und die Vernunft aller Beteiligten dazu führen wird, dass in diesem Hause niemand von der aktiven und passiven Teilnahme an der Wahl zur Personalvertretung ausgenommen wird.

Rechtliche Bedenken hin oder Her, hier geht es um eine Frage der Gerechtigkeit und die sagt mir glasklar: Jeder Mitarbeiter, unabhängig von seinem Arbeitsplatz muss wählen dürfen, bzw. muss gewählt werden können. Ich kann mir nicht vorstellen, dass irgendjemand gegen ein solches Verfahren klagen wird.

Meine Damen und Herren,  
bezüglich des Stellenplans sind schon zum vorigen Tagesordnungspunkt Beschlüsse gefasst worden.

#### Straßenbegleitgrün

Wir begrüßen ausdrücklich den Ansatz von 205.000 Euro für die Pflege des Straßenbegleitgrüns. Ein schönes optisches Erscheinungsbild ist nicht nur für die Menschen wichtig die hier wohnen, sondern auch für Besucher unserer Stadt. Diese positive Außenwirkung sollte niemand unterschätzen. Besonders erfreulich ist es, dass dazu auch seitens des Bürgermeisters die Idee des Einsatzes von Herbiziden bisher nicht wieder aufgegriffen wurde. Ich finde, unsere Stadt kann sich sehen lassen und dafür sind in erster Linie die Mitarbeiter des städtischen Bauhofes unter der bewährten Leitung des Herrn Gehlen zuständig. Für ihren täglichen Einsatz bei Wind und Wetter möchte ich mich ausdrücklich bedanken.

#### Familien

Als die Übach-Palenberger SPD im Dezember 2006 erstmals die Diskussion um das Thema des demografischen Wandels angestoßen hat, wurde sie zunächst von allen Seiten belächelt. Nach dem Motto: „Womit kommt ihr uns denn jetzt an“ und „gibt es in ÜP keine dringenderen Probleme?“ wurde dieses Thema zunächst nicht richtig ernst genommen. Erst nach und nach erkannten auch andere Verantwortliche in unserer Stadt, dass dieses Thema für unserer aller Zukunft doch von großer Bedeutung ist und machten sich dieses Thema ebenfalls zu Eigen.

Das führte sogar dazu, dass eines unserer Argumente, nämlich das eine Reduzierung unserer Einwohnerzahl dazu führen wird, dass sich die Kosten für die verbleibenden Einwohner erhöhen werden, sogar Niederschlag in der Begründung zur Er-

höhung der Gebühren bei der Abfallbeseitigung 2007 führte!

Das alleinige Erkennen einer Situation reicht in der Regel aber nicht aus, um Probleme zu beseitigen, dazu muss man handeln! Neben einer vernünftigen Ansiedlungspolitik für Betriebe oder der Aufrechterhaltung und dem Ausbau unserer Infrastruktur, ist eine zukunftsorientierte Familienpolitik von großer Bedeutung.

Deshalb haben wir zum Haushalt 2007 beantragt ein Babybegrüßungspaket einzuführen und einen kommunalen Familienbericht zu erstellen. Dies ist in vielen Kommunen mittlerweile gängige Praxis, obwohl es damals im Rat belächelt wurde.

Mittlerweile finden in dem uns vorgelegten Haushaltsentwurf diese Anträge ihren Niederschlag. Darüber freuen wir uns natürlich sehr. Was uns aber noch mehr freut, ist die Tatsache, dass andere mit dem lokalen Bündnis für Familien nachgezogen sind und diese gemeinsamen Anstrengungen dazu geführt haben, das am 12.3.08 die Auftaktveranstaltung zum Thema „lokale Bündnisse für Familien“ stattfinden wird.

Da muss dann gemeinsam erarbeitet werden, wie die Politik für Familien verbessert werden und in welcher Form der Familienbericht zu Problemlösungen beitragen kann.

Wir alle in Rat und Verwaltung sollten dieses Thema sehr ernst nehmen, denn die Familien entscheiden darüber, ob die Einwohnerzahl zu halten ist oder ÜP weiter schrumpft. Dieses neue Bündnis darf nicht so enden, wie das seinerzeit mit hohem auch finanziellem Aufwand ins Leben gerufene Stadtmarketing, das als Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet ist. Deshalb ist es auch wichtig, dass sich alle Akteure aktiv beteiligen und dazu möchte ich heute ganz herzlich aufrufen. Wir Übach-Palenberger sollten uns ein Leitbild geben, in dem die Bedürfnisse von Familien ganz oben angesiedelt sind.

- Das ist gut für die Familien,
- das ist gut für die Vereine
- und das ist gut für die Geschäfte in unserer Stadt!

Ebenfalls positiv ist die Einrichtung eines Mehrgenerationenhaus in unserer Stadt zu verzeichnen. Damit setzen wir uns mal wieder von vergleichbaren Kommunen ab und beweisen einmal mehr, dass Sozialpolitik bei uns in guten Händen ist.

### Jugendforum

Erstmals seit dem von dem ehemaligen Bürgermeister Rolf Kornetka initiierten Kinder- und Jugendparlament taucht in unserem Haushalt wieder Geld auf, das dazu gedacht ist die aktive Beteiligung junger Menschen am kommunalen Geschehen zu erhöhen. Im Koalitionsvertrag zwischen der Übach-Palenberger SPD und den Grünen ist nachzulesen, was dieses Forum bewirken soll. Es geht um Partizipation, Mitbestimmung und Eigeninitiative.

Das was in einigen Vereinen hervorragend funktioniert, wie z.B. in der Privat-Musikkapelle Scherpenseel oder der Schwimmabteilung des VFR und in vielen anderen Vereinen auch, scheint der Politik nicht zu gelingen.

Junge Menschen für kommunales Geschehen zu interessieren ist schwierig. Wir hoffen nun, dass wir junge Leute über das Jugendforum erreichen können.

Damit die Jugendlichen auch sehen, dass wir es ernst meinen, finden wir in diesem Haushalt den Ansatz von 26.000 Euro. Mit einem Teil dieses Geldes soll jungen Menschen ein Gestaltungsspielraum geschaffen werden, der von einem noch zu gründendem Jugendforum gesteuert wird.

Wir haben uns bereits interfraktionell auf die Bereitstellung dieser Mittel geeinigt und insofern ist ein Streit über dieses Thema auch nicht zu erwarten und das ist gut so. Die jungen Leute müssen sehen, dass uns ihre Beteiligung am kommunalen Geschehen über die Parteigrenzen hinweg wichtig ist!

Trotz des Jugendforums ist eine Einbeziehung und Beteiligung junger Menschen an einzelnen Projekten nach wie vor gewünscht.

### Kein Kind ohne Bildung

Es wird Sie nicht wundern meine Damen und Herren und wir haben es ja bereits angekündigt: Heute wiederholen wir unseren Antrag auf die Übernahme des Eigenanteils an den Lernmitteln für die Kinder von Hartz IV- Empfängern und nennen ihn in Anlehnung an das Landesprogramm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ „Kein Kind ohne Bildung.“ Wir beantragen die Bereitstellung von 10.000 Euro. Die damalige Argumentation, die von den Gegnern unseres Antrages vorgebracht wurde war nie überzeugend und ließ auch politisches Gespür vermissen. Wurde doch insbesondere vom Bürgermeister, auch nachzulesen in seinem Aktenvermerk, das Lohnabstandsgebot, Hinzuverdienstmöglichkeiten der Arbeitslosen und die angebliche Ungerechtigkeit gegenüber normalen Arbeitnehmern ins Feld geführt. Ignoriert wurden die Bedürfnisse der Kinder, die unter der Gesetzesänderung des Landes zu leiden hatten.

Und das die damalige Argumentation des Bürgermeisters nicht kongruent zu seinem Handeln ist, zeigt uns die Tatsache, dass er mit Geldern anderer einen Sozialfonds ins Leben gerufen hat, mit dem auch Eigenanteile an den Lernmitteln finanziert werden sollten.

Der Bürgermeister will mit Almosen das ersetzen, was wir mit einer klaren Regel hätten schaffen können, ohne dass die betroffenen Menschen zum Bittsteller werden müssen. In den Klöstern des Mittelalters gab es dafür einen Almosenpfleger der vom jeweiligen Prior ernannt wurde.

Heute sollten wir diese Dinge mit Mitteln der sozialen Gerechtigkeit regeln. Nicht das mich jemand missversteht: Ich halte die Arbeit derer, die anderen damit helfen wollen für extrem wichtig. Seien es Wohltätigkeitskonzerte der Privat-Musikkapelle und des Gospelchors Newpraise, die des Heeresmusikchors, die Aktivitäten der Tafel, die der Fördervereine an Schulen oder auch einfache private Spenden. Sie dürfen aber kein Ersatz für die selbstverständlichen Bedürfnisse wie Essen, Kleidung und Bildung von Menschen sein.

Es reicht nicht aus in Sonntagsreden davon zu sprechen wie wichtig die Bildung unserer Kinder ist. An dieser Stelle fällt mir immer wieder ein Satz des ehemaligen Ministerpräsidenten von NRW, Johannes Rau ein. Er sagte: „Man muss sagen was man tut und tun was man sagt.“ Das gilt für Vertreter der Städte aber vor allen Dingen auch für die derzeitige Landesregierung, die schließlich diese Mittel und obendrein noch den schwarzen Peter mit ihrer Gesetzgebung an die Kommunen weitergereicht hat.

Ja, es ist richtig, dass es eine originäre Aufgabe des Landes ist, dafür zu sorgen, dass jedes Kind, unabhängig vom Geldbeutel seiner Eltern, die Bücher bekommt die es braucht. Nun hat sich aber das Land aus dieser Verantwortung herausgestohlen und es liegt an uns, ob wir mit relativ geringen Mitteln für soziale Gerechtigkeit sorgen. Das sollten wir tun, aber wir sollten auch das Land nachdrücklich auffordern diese

Mittel wieder zu übernehmen. Wir beantragen nunmehr die Bereitstellung von 10.000 Euro und zwar so lange bis das Land NRW seiner Verpflichtung wieder nachkommt.

#### Fonds deutsche Einheit

Neben der freien Spitze von 215.000 Euro gab es eine weitere erfreuliche Nachricht: Wir erhalten eine Rückzahlung aus dem Fonds deutsche Einheit! Aus in der Vergangenheit zu viel gezahltem Geld bekommen wir rd. 734.000 Euro zurückerstattet. Auf der einen Seite haben wir dieses Geld zwar zuviel bezahlt auf der anderen Seite freut es uns heute natürlich, dass wir 734.000 Euro zurück erhalten, Geld mit dem wir bisher nicht rechnen konnten. Dies freut mich besonders, da ich gerade erst im letzten Jahr die Höhe der Zahllast für den Fonds deutsche Einheit und vor allem die Verteilung dieser Mittel stark kritisiert habe. Dies führte damals sogar zu einem Disput mit dem Bürgermeister Jansen aus der Gemeinde Nuthe-Urstromtal in Brandenburg. Nun sollen diese Mittel laut Vorschlag der Verwaltung für die verschiedensten Maßnahmen verwendet werden, dem stimmen wir heute auch insgesamt zu.

Trotzdem wollen wir eines ganz deutlich machen: Sollten sich weitere Verbesserungen, womit auch zu rechnen ist, ergeben, sollen diese Mittel ausschließlich zur Reduzierung unserer Zinslasten eingesetzt werden.

#### Freibad

Nachdem die Mitglieder des Schwimmvereins und hier insbesondere die jungen Leute eine Unterschriftenliste mit rd. 5000 Unterschriften zusammengetragen haben hat die SPD-Fraktion mit Datum vom 24.4.2007 den Antrag auf den Neubau des Freibades eingebracht. Nach einiger Diskussion ist diesem Antrag letztendlich einstimmig stattgegeben worden.

Heute haben wir entschieden, dass wir das Freibad in konventioneller Weise ausbauen werden. Die SPD-Fraktion hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, weil wir der Überzeugung sind, dass dies, bezogen auf unsere Stadt, die auch von einer extrem starken Schwimmgemeinde geprägt ist, das Richtige ist. Ich will an dieser Stelle die Diskussion von eben nicht wiederholen.

Eins möchte ich aber dennoch festhalten: Von dem mehrfach angekündigten Bestreben einen Ratsbürgerentscheid herbeizuführen ist anscheinend keine Rede mehr. Gut so! Ein solches Verfahren hätte

1. Viel Geld gekostet, und
2. Hätte dieses Verfahren den Zeitplan, nämlich im Sommer 2009 zu eröffnen, erheblich gefährdet.

Wenn dieses Ansinnen nach einem Bürgerentscheid bei der Frage Freibad ja oder nein formuliert worden wäre, dann hätte ich sogar Verständnis dafür gehabt. So konnte sich wohl, außer demjenigen, der dies vorgeschlagen hat, niemand damit anfreunden. Im Übrigen haben wir mit unserer Wahl auch Verantwortung übernommen, die es auch in schwierigen Fragen zu tragen gilt.

#### Sauna

Im letzten Jahr habe ich den Bereich Sauna bereits angesprochen. Wir haben damals beantragt, die Sauna ebenfalls in den, ein Jahr nach Fertigstellung des Bades zu erstellenden Bericht, mit einfließen zu lassen. Das ist auch geschehen und man konnte erkennen, dass die Zahlen in diesem Bereich alles andere als rosig sind. Die Besucherzahlen sind rückläufig und die Einnahmen entwickeln sich entsprechend.

Und das alles, obwohl gerade der Saunabereich einer Schwimmbadanlage in der Regel mit schwarzen Zahlen zu führen ist. Nicht so bei unserer Sauna, die zwar über größere Räumlichkeiten verfügt, darüber hinaus aber vor allem über den Charme der frühen siebziger Jahre mit mangelhaftem Außenbereich. Über Details will ich mich heute gar nicht auslassen. In unserem Antrag war aber auch davon die Rede, dass wir wissen wollten, ich zitiere:“ ob und wie weit eine Modernisierung der Sauna zu einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit führen kann. Von einer solchen Einschätzung konnten wir in diesem Bericht nichts lesen. Um das Ganze nun zu konkretisieren, beantragen wir hiermit im Bereich Sauna einen Ansatz von zusätzlichen 5000,-- Euro einzustellen. Mit diesen 5000,-- Euro soll eine Machbarkeitsstudie zur Sauna erarbeitet werden aus der wir dann ersehen können, ob es sich lohnt in diesen Bereich Geld zu investieren.

Apropos Bericht zum Thema Hallenbad: Ich habe gestern die Einladung zur nächsten Schul- Sport- und Kulturausschusssitzung unterschrieben. Darin finden wir auch einen Punkt, der sich mit den Gebühren für das Schwimmbad beschäftigt. Ich kündige deshalb heute schon an, dass wir beantragen werden den Schwerbehindertengrad, der für einen ermäßigten Eintritt gilt, wieder auf 50% zu senken.

### Rampe

Was lange währt wird endlich gut! So auch die Rampe am Rimburger Acker, die es endlich den Menschen mit Kinderwagen, Rollatoren oder Rollstühlen ermöglicht, den Weg zum Zentrum Palenberg ohne großartige Umwege zu finden.

War der Weg über den Knotenpunkt Aachener Str. / Merksteiner Straße bisher doch nur über eine Treppenanlage zu erreichen, die es der von mir eben genannten Bevölkerungsgruppe schlicht und einfach unmöglich machte, kommen zukünftig auch Rollstuhlfahrer in den Genuss dieses deutlich kürzeren Weges. Die Verwirklichung dieses Projektes, seit Beantragung durch die SPD-Fraktion und maßgeblich initiiert durch unseren Kollegen Paul Josef Gerschel, hat sage und schreibe vier lange Jahre gedauert. Aber jetzt ist es ja endlich gut. Ich habe eben schon einmal die Mitarbeiter des städtischen Bauhofes hervorgehoben; auch bei der Rampe gilt es nun auch sich bei Ihnen zu bedanken. Sie und Ihre Mitarbeiter Herr Gehlen, stellen immer wieder unter Beweis, dass sie in der Lage sind, auch anspruchsvolle Projekte durchzuführen.

### Rathausplatz

Nachdem wir alle bereits glaubten, dass das ehemalige Grundstück Molls nun endlich mit einem für den Stadtkern sinnvollem Gebäude bebaut wird, hat sich diese städtebaulich hervorragende Chance quasi in Luft aufgelöst.

- Nichts wird es zunächst mit nachgefragten kleinen Wohnungen im Zentrum unserer Stadt die auch bezahlbar sind,
- Nichts wird es zunächst mit der Schaffung von anziehenden Gewerbeflächen in Übach,
- Nichts wird es zunächst mit der städtebaulich dringend erforderlichen Schließung dieser Baulücke und
- nichts wird es zunächst mit der wichtigen Arrondierung des Rathausplatzes.

Alles Punkte die für das Geschäftszentrum Übach und für die Stadt insgesamt gut gewesen wären.

Und warum wird es nichts mit alledem?

Weil der Investor, der bereits viel Geld in die Vorplanung gesteckt hat und dieses Projekt rein theoretisch auch in anderen Städten verwirklichen könnte, von seinem Antrag auf Erwerb des Grundstückes zurückgetreten ist. Für den Investor liegen die Gründe allein im Verhalten der Verwaltung ihm gegenüber und sind in der örtlichen Presse teilweise nachzulesen.

Obwohl ich weiß, dass hier klare Fehler im Umgang mit dem Investor gemacht wurden, will ich mir an dieser Stelle, und glauben Sie mir meine Damen und Herren, das fällt mir echt schwer, jeglichen Kommentar verkneifen. Ich halte heute nur fest, dass ich zutiefst bedauere, dass dieses wichtige Projekt nicht zum Tragen kommt. Dies wiegt umso mehr, da ich auch persönlich viel Zeit in diese großartige Chance für das Zentrum Übach investiert habe.

Aber wie heißt es schön: Jammer hilft nix! Deshalb sollte sich die Verwaltung schleunigst auf die Suche nach weiteren Investoren machen. Allein die Tatsache, dass wir in kürzester Zeit zwei Projekte vorgestellt bekommen haben, beweist doch, dass es durchaus Interessierte Investoren für dieses Grundstück gibt, man muss sie nur finden. Um diesen Prozess jetzt zu beschleunigen und möglichen potentiellen Investoren auch zu signalisieren, dass wir es ernst meinen, beantragen wir heute die Einstellung von 10.000 Euro in unseren Haushalt. Mit diesem Geld soll die Verwaltung in die Lage versetzt werden in Vorplanungen zum Rathausplatz einzusteigen und besonders die Zufahrtsituation, die ja auch eines der Probleme war, zum genannten Grundstück zu überplanen.

#### Misstände

Auch in unserer Stadt gibt es Dinge die dringend verändert werden und angepackt werden müssen. Beispielhaft will ich Teile der Bergarbeitersiedlung Palenberg ansprechen. Meine Damen und Herren,

- da liegen ganzen Straßenzüge leer!
- Da haben ältere Menschen abends Angst durch verlassene Straßen zu gehen.
- Da lässt ein Wohnungsunternehmen seine Häuser verkommen und das obwohl sich die Chance bieten würde hier angemessenen neuen Wohnraum zu schaffen. Für ältere Menschen oder für Familien!

Hinnehmen darf man diese unerträgliche Situation nicht und es ist nur zu wünschen, dass die angekündigten „tabulosen“ Gespräche mit den Hauseigentümern von Erfolg gekrönt werden. Ebenfalls bin ich darauf gespannt, ob wir über das Programm Stadtumbau West für diesen Bereich profitieren können.

Und da ich mich geografisch betrachtet nun einmal in Palenberg befinde, möchte ich, wenn auch wiederholt, den Straßenzug Bahnhofstraße ansprechen. Hier liegen Geschäfte leer und die Bruchbude des ehemaligen Hotel Ernst ist weit davon entfernt einladend zu wirken. Hier muss es darum gehen Fördertöpfe anzuzapfen um diesen Missstand zu beseitigen.

#### Änderungsanträge

Jetzt haben wir uns heute ja auch mit Änderungsanträgen anderer Fraktionen zu befassen.

Ich will mit dem Antrag der UWG beginnen, der da lautet die Kosten für das Freibad auf 1,5 Mio. Euro zu deckeln.

Jeder der die Zahlen bis heute nicht kennt sollte glauben, dass dieser Vorschlag doch vernünftig ist, Geld sparen ist doch immer gut! Nun kennt aber die UWG die uns vorliegendem Zahlen und weiß damit ganz genau, dass die Errichtung des Freibades für diese 1,5 Mio. Euro eben nicht zu kriegen ist und Sie Frau Weinhold behaupten trotzdem, dass Sie das Freibad ausdrücklich befürworten. Sie könnten genau so gut sagen: Ich befürworte ausdrücklich, dass ich mich waschen will, nur nass werden darf ich dabei nicht!

Sehr geehrte Frau Weinhold: Mittlerweile kann ich Sie ja ganz gut leiden, aber hier betreiben Sie Wählertäuschung! Ehrlich wäre es gewesen, wenn Sie formuliert hätten, dass Sie aus finanziellen Gründen auf das Freibad verzichten wollen, nichts anderes tun Sie nämlich mit Ihrem Antrag: Auf das Freibad verzichten, also sagen Sie es doch auch so! Die SPD-Fraktion hingegen will dieses Freibad und wird Ihren Antrag deshalb selbstverständlich ablehnen!

Nun komme ich zu den Anträgen der CDU-Fraktion:

Sie Herr Gudduschat haben im Namen Ihrer Fraktion beantragt, für das Feuerwehrgerätehaus Scherpenseel eine Verpflichtungsermächtigung von 20.000 Euro bereits in 2009 einzustellen sowie die Reste von 280.000 bereits in 2010 einzustellen.

Sie haben den Betrag dem Investitionsprogramm entnommen, aber ich glaube kaum, dass wir damit hinkommen. Selbst die Erweiterung in Boscheln wird sich auf rd. 400.000 Euro belaufen. Da auch wir den Brandschutzbedarfsplan kennen und uns der Zustand des Gerätehauses in Scherpenseel bekannt ist, wollen wir den Vorschlägen vom Grundsatz her nicht nur zustimmen, sondern darüber hinaus untersuchen lassen, ob ein uns vorliegender Vorschlag eines Grundstückseigentümers aus Scherpenseel dazu führen kann, das die Stadt zu günstigen Konditionen evtl. noch früher an ein neues Feuerwehrgerätehaus kommen kann.

Deshalb beantragen wir zusätzlich die Bereitstellung von 2.000 Euro damit ein unabhängiger Fachmann oder Wirtschaftsprüfer für uns untersucht, welche Variante für uns günstiger ist, ein solches Haus zu mieten oder selber zu bauen.

Ebenfalls stimmen wir der Verpflichtungsermächtigung und der früheren Bereitstellung für die Einrichtungskosten in Boscheln und Scherpenseel zu.

Als nächstes hat die CDU beantragt für den Um- und Ausbau des Dachgeschosses an der bereits sanierten KGS Übach eine Verpflichtungsermächtigung von 330.000 Euro einzustellen.

Auch hier haben Sie den genannten Betrag dem Investitionsplan entnommen. Wir wissen natürlich auch, dass die Sanierung des Dachbereiches zunächst zurück gestellt worden ist, weil andere Dinge wesentlich wichtiger waren.

Wir schlagen nun folgendes vor, in der Hoffnung, dass Sie sich uns dort anschließen können:

Wir beauftragen die Verwaltung heute damit, zu ermitteln wie hoch die Kosten für die Dachsanierung sein werden und welche Kosten für Aus- und Umbau, unter Berücksichtigung des Raumbedarfes nach dem Schulentwicklungsplanung, auf uns zukämen. Wenn dieser Betrag, in 2009 zu schultern ist, werden wir ihn dann in den Haushalt 2009 einstellen. Warum sollten wir heute eine Verpflichtungsermächtigung über einen Betrag beschließen, der lediglich im Investitionsplan steht, aber bei weitem noch nicht konkret zu beziffern ist.

Ähnlich verhält es sich eigentlich mit Ihrem Antrag auf die Einstellung von 150.000 als Verpflichtungsermächtigung für Straßenbeläge. Genaue Beträge kennen wir heute nicht. Wir wissen aber wohl, dass wir für Straßenbeläge ein vielfaches Aufwenden müssten, um viele unsere Straßen wieder in einen akzeptablen Zustand zu versetzen. Die Begründung für diese von Ihnen gewünschte Verpflichtungsermächtigung, möchte wir Ihnen heute liefern und signalisieren damit, natürlich auch bereits unsere Zustimmung.

Wenn wir nämlich diese 150.000 Euro heute als Verpflichtungsermächtigung aufnehmen, sind wir in der Lage diese gemeinsam mit den 200.000 Euro aus 2008 auszuschreiben. Durch dieses größere Volumen ist wahrscheinlich auch ein günstigeres Ergebnis zu erwarten.

Jetzt gibt es noch die Änderungsvorschläge der Verwaltung auf Grund der erhöhten Einnahme aus dem Fond deutsche Einheit. Ich habe vorhin bereits gesagt, dass wir diesen Vorschlägen folgen werden. Wenige Punkte möchte ich allerdings hervorheben.

Wir werden heute dem Zuschussantrag der Dorfgemeinschaft Siepenbusch zustimmen. Meine Damen und Herren, beginnend mit dem Antrag der SPD-Fraktion aus dem Jahre 2006, auf Bereitstellung von 7.500 Euro für den Ausbau des Dorfplatzes, mit der weiteren Bereitstellung von 6.000 Euro im Jahre 2007 für Strom und Wasser und der heutigen Bewilligung, hat die Dorfgemeinschaft dann insgesamt von der Stadt 23.500 Euro zur Gestaltung Ihres Platzes erhalten. Hinzuzurechnen ist noch das zur Verfügung gestellte Grundstück.

Das ist wahrlich viel Geld für diese kleine, seit rd. 55 Jahren bestehenden und gut funktionierende Dorfgemeinschaft. Aber das Geld ist auch gut angelegt. Ist doch dadurch zu erwarten das der hässliche grüne Bauwagen verschwindet und auf dem Platz, ein im Sinne der Gemeinschaft, reges Treiben stattfinden wird.

Aber meine Damen und Herren der Dorfgemeinschaft: Achten Sie bitte auch darauf, dass die unmittelbaren Anlieger des Platzes nicht durch zu viele Feste über Gebühr belastet werden. Dies trägt dazu bei, dass Sie auch die nächsten 55 Jahre von einer harmonisierenden Gemeinschaft in Siepenbusch ausgehen können. Bedanken möchte ich mich ausdrücklich für die gute Pflege der Kapelle und des Platzes. Ich habe mich am Wochenende noch mal davon überzeugt: Da ist alles Tipp topp in Ordnung!

Ebenfalls zustimmen werden wir den Mitteln für die Verlegung des Schießstandes der Marienberger Schützen und dem Projekt „Brücke“ zur Berufsorientierung.

Aufzustocken ist die Verpflichtungsermächtigung zum Neubau Freibad, nämlich auf 1,435 Mio. Euro, damit auch gewährleistet ist, dass entsprechende Mittel zur Fertigstellung des Freibades incl. des Brunnens zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Piez, Herr Piotrowski!  
Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt 2008 incl. der von mir erwähnten Änderungen zu, allerdings nicht, ohne uns bei Ihnen Herr Schmitz als Kämmerer und Ihren Mitarbeitern für das vorgelegte Werk zu bedanken. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Stadtverordneter **Gudduschat** führte aus:  
(Es gilt das gesprochene Wort)

„Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren,

der Haushalt 2008 ist geprägt von der Verbesserung auf der Einnahmenseite bei den Schlüsselzuweisungen, der Gewerbe- und Einkommenssteuer. Dies haben wir dem weiterhin wirtschaftlichen Aufschwung in unserem Lande zu verdanken, der sich auch in den Kassen der Kommunen positiv bemerkbar macht. Dies ist also keine „hausgemachte“ Verbesserung, sondern im Großen und Ganzen ein „Geschenk“. Hinzu kommt eine nicht eingeplante Rückzahlung in Höhe von fast 730.000 Euro aus dem Fond Deutsche Einheit.

Diese positiven Merkmale erlauben es, im Haushalt 2008 einige Maßnahmen umzusetzen, die dringend erforderlich waren.

Beispielhaft möchte ich hier nennen:

Erneuerung der Heizungsanlage am Gymnasium und die Brandschutzmaßnahmen an den Schulen.  
Hierfür werden fast 1,3 Mill. Euro bereitgestellt.

200.00 Euro für die Erneuerung von Straßenbelägen, die immer wieder von unseren Bürgern angemahnt werden. Hierbei sollten in der Reihenfolge die Schul- und Klosterstr. in Marienberg und die Gehag-Siedlung in Boscheln ganz vorne stehen.

Die mit 80% geförderten Maßnahmen der Eu-Regionale 2008.

Die Modernisierung der Sporthalle in Palenberg mit Kosten von insgesamt 300.000 Euro.

400.00 Euro für die Erweiterung des Feuerwehrhauses in Boscheln.

Abwassermaßnahmen in Höhe von ca. 1 Mill. Euro u .a. mit dem Regenrückhaltebecken in Scherpenseel.

Neubau des Freibades mit dem Ziel, im Sommer 2009 den Badebetrieb wieder aufnehmen zu können.

Dies beschäftigt uns jetzt schon seit längerem.

Wir, die CDU-Fraktion, haben uns immer dafür eingesetzt, dieses Freibad so bald wie möglich wieder herzurichten.

Wir räumen dem Freizeitwert des Freibades für unsere Bürger und vor allem für Kinder und Jugendliche einen hohen Stellenwert ein.

Das Geld, das wir dafür in die Hand nehmen müssen, ist nach unserer Auffassung gut angelegtes Geld.

Wenn nicht jetzt, wann dann!!

Die langen Beratungen sind jetzt abgeschlossen.

Die CDU-Fraktion hat sich für das konventionelle Freibad entschieden.

Wir sind überzeugt davon, dass dies auch eine Mehrheit der Bürger in unserer Stadt so will.

Das Freibad in Übach-Palenberg hat eine jahrzehntelange Tradition.

Wir freuen uns schon jetzt, dass diese Tradition fortgesetzt werden kann und dass die Bürger, Rat und Verwaltung, im Sommer 2009, die Eröffnung mit einem Sprung ins Wasser vornehmen können.

Wenn sie, meine Damen und Herren von der UWG, hier eine Deckelung der Kosten auf 1,5 Mill. Euro fordern, so ist dies unglaublich.

Wollen sie nur ein halbes Becken ?

Sie müssen schon Farbe bekennen. Freibad ja oder nein!!

Trotz der gestiegenen Steuereinnahmen ist die Finanzierung dieser Maßnahmen leider nur durch eine erneute Kreditaufnahme möglich.

Die langfristige Planung des Kämmers sieht für die nächsten Jahre geringere und für 2011 sogar keine Kreditaufnahme mehr vor.

Dies ist erfreulich und wir sollten alle daran arbeiten, dass diese Prognose auch eintrifft.

In diesem Zusammenhang sei auch positiv erwähnt, dass der Kämmers einen Satz aus dem Vorbericht gestrichen hat, den er über mehrere Jahre dort eingesetzt hatte. Ich zitiere:

„Die bisher gemachten Anstrengungen reichen nicht aus, mittelfristig ein Haushalts-sicherungskonzept zu vermeiden, es sei denn, es wären weitere Ausgabenkürzungen durchzusetzen.“

Diese mittelfristige Vorhersage des Kämmers ist bisher nicht eingetreten. Wir freuen uns mit ihm darüber.

Die Hoffnung, dass die Baulücke auf dem Rathausplatz nun endlich geschlossen wird, ist für uns alle überraschend wie eine Seifenblase geplatzt.

Der Investor hat sich trotz einstimmigen Ratsbeschluss zurückgezogen. Dies ist ein bedauerlicher Zustand.

Die Verwaltung und der Investor haben dazu in der Presse ihre Stellungnahmen abgegeben.

Es bleibt ein fader Beigeschmack.

Wir, die CDU-Fraktion, fordern die Verwaltung auf, erneut und umgehend, aufgrund des eindeutigen Ratsbeschlusses, mit dem Investor zu verhandeln.

Vielleicht kann man ihn doch noch dazu bewegen, das Projekt zu verwirklichen.

Wir möchten wiederholt die Beseitigung des „Missstandes“ des ehemaligen Hotel Ernst in Palenberg anmahnen.

Hier sollte die Verwaltung ernsthafte Verhandlungen mit dem Eigentümer über den Zustand und über die künftige Verwendung dieser Immobilie führen.

Dass der so genannte „Stadtmarketingprozess“ erfolglos verpufft ist, kann man sehr gut am Geschäftszentrum Palenberg erkennen.

Hier hat sich die Situation der Leerstände dramatisch verschlechtert.

Die Öffnung der Aachener Str., Beseitigung der Ampelanlage mit Einrichtung eines Kreisverkehrs, kann da hilfreich sein und ist seit langem überfällig.

Auch die Einrichtung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Waldhausen/Real sollte

von der Stadt bei der zuständigen Straßenbaubehörde weiterhin mit Nachdruck gefordert werden.

Der Ausbau von Rad- und Wirtschaftswegen sollte auch in Zukunft fortgesetzt werden.

Hierzu sollte eine Ausbauplanung für die kommenden Jahre aufgestellt werden, da diese Wege einen erheblichen Freizeitwert für unsere Bürger haben.

Bei den Haushaltsberatungen hat uns die Erklärung des Bürgermeisters zu einer Haushaltsstelle sehr nachdenklich gemacht.

Da werden 40.000 Euro im Verwaltungshaushalt für Leistungsentgelt nach dem TVöD bereitgestellt.

Diese 40.000 Euro werden laut Auskunft des BM nicht leistungsorientiert an die Mitarbeiter ausgezahlt, sondern an alle nach dem „Gießkannenprinzip“.

Diese Regelung ist gegen Geist und Sinn des Tarifvertrages und wird nur deshalb angewendet, weil sich der Personalrat weigert, eine leistungsorientierte Verteilung zu vereinbaren.

So ein Personalrat handelt gegen das Personal, das über das normale Maß Leistung erbringt und ist es m. E. nicht Wert, wiedergewählt zu werden.

Die Industrie- und Handelskammer in Aachen hat in ihrer Stellungnahme zum Haushalt 2008 die Senkung der Gewerbesteuer von 399 v.H. auf 380 v.H. empfohlen.

Auch wenn wir dieser Empfehlung in diesem Jahr nicht nachkommen, sollten wir dies für das Jahr 2009 in unsere Beratungen einfließen lassen.

Bereits in der Haupt- und Finanzausschusssitzung hatten wir folgende Änderungsanträge für den Haushalt 2008 angekündigt:

Investitionsprogramm 2007 – 2011 - Verpflichtungsermächtigungen

#### Einzelplan 130 Feuerlöschwesen

Neubau des Feuerwehrgerätehauses Scherpenseel  
20.000 Euro in 2009 als Verpflichtungsermächtigung  
280.000 Euro Restkosten frühere Einstellung in 2010

Einrichtung FWGH Boscheln und Scherpenseel  
20.000 Euro in 2009 als Verpflichtungsermächtigung  
20.000 Euro Restkosten frühere Einstellung in 2010

#### Einzelplan 210 Grundschulen

Umbau und Ausbau der KGS Übach(Dachbereich)  
330.000 Euro in 2009 als Verpflichtungsermächtigung

#### Einzelplan 630 Gemeindestraßen

Erneuerung von Straßenbelägen  
150.000 Euro in 2009 als Verpflichtungsermächtigung

Durch die Verpflichtungsermächtigungen wollen wir sicherstellen, dass diese wichti-

gen Maßnahmen ohne Verzögerung durchgeführt werden.

Wir bitten um Ihre Zustimmung.

Wir, die CDU-Fraktion, stimmen dem Haushalt 2008 mit den Änderungsvorschlägen zu und danken dem Kämmerer und der gesamten Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Meine Damen und Herren,

gestatten sie mir zum Schluss noch eine Anmerkung.

In letzter Zeit sind wir des Öfteren darauf angesprochen worden, wie wir zu dem Zerwürfnis zwischen der SPD und dem Bürgermeister und zu den dadurch entstandenen Problemen innerhalb der Verwaltung stehen.

Tatsache ist, dass dieser Zustand unserer Stadt schadet.

Wir sagen aber auch, wenn andere nicht oder schlecht funktionieren, dann müssen wir besser funktionieren, und das haben wir uns vorgenommen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit“

Stadtverordnete **Weinhold** führte aus:

(Es gilt das gesprochene Wort)

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr verehrte Ratskolleginnen, sehr geehrte Ratskollegen, liebe Vertreter der Presse, meine Damen und Herren,

2009 finden Kommunalwahlen in NRW statt. Bis dahin ist nicht mehr viel Zeit. Zieht man ein Resümee aus den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen, wird deutlich, dass Demokratie auf Dauer nur möglich ist, wenn Wähler des rechten und linken Spektrums Paroli geboten wird und Wahlmüde motiviert werden.

Bürgernähe ist geboten.

Nur wenn die Realität eingeblendet wird und die Fakten den Bürger erreichen, hat der Bürger Verständnis für Entscheidungen, die auch in Übach-Palenberg in den nächsten Wochen anstehen.

Das Drama in Bochum bei den Nokia-Beschäftigten beruht auf einer politischen Fehlentscheidung. Globalisierung in Europa darf nicht bedeuten, dass in Deutschland Arbeitsplätze vernichtet werden und mit EU-Geldern (von Deutschland mit über 50 % mitfinanziert) in Lohnniedrigländern neu entstehen.

Auch Übach-Palenberg ist ein sozial-strukturell schwacher Standort. Aber wir werden mit unseren Problemen alleine gelassen. Vom Bund bereitgestellte Fördergelder fließen hauptsächlich in die Gewerbeansiedlung in den neuen Bundesländern und machen unsere Gegend chancenlos.

Für die Ansiedlung einer Schokoladenfabrik in Übach-Palenberg musste unsere Stadt ohne Unterstützung durch Dritte viele hunderttausend Euro schultern, in der Hoffnung auf Arbeitsplätze. Es zeigt ganz deutlich, Übach-Palenberg wird nur dann

als Standort favorisiert, wenn Subventionen fließen.

Im Jahr 2008 durchbricht der Gesamthaushalt von Übach-Palenberg erstmals die Schallmauer von 60 Mio. Euro. Der aktuelle Schuldenstand beträgt mehr als 47 Mio. Euro bei einer Nettoneuverschuldung von 1,8 Mio. Euro.

Rosige Aussichten? – beileibe nicht!

Die UWG schlägt vor, die freie Spitze von über 1 Mio. Euro der allgemeinen Rücklage zuzuführen. Vielleicht werden wir diese früher benötigen als wir jetzt denken, denn folgende Probleme zeichnen sich ab:

1. Die Konjunkturdaten deuten darauf hin, dass die Gewerbesteuererinnahmen auf dem hohen Niveau nicht gehalten werden können
2. nach den Signalen des laufenden Tarifkonfliktes im Öffentlichen Dienst müssen höhere Personalkosten eingeplant werden
3. Energiepreise steigen ständig

Drei Gründe mehr - sparsam zu wirtschaften.

Der Haushaltsentwurf 2008 bietet wenige Einsparmöglichkeiten. Der bereits eingeschlagene Weg Energieeinsparpotentiale zu nutzen, muss konsequent fortgesetzt werden.

In den Augen der UWG findet die Steuerverschwendung in der kostenträchtigen Umsetzung der EuRegionale 2008 ihren Höhepunkt. Allein für den Bau der Klangbrücke werden 784 Tausend Euro verschwendet. Ein rigoroses Verplempern von Steuergeldern.

Diese Mitnahmementalität, eine Brücke nur zu bauen, weil sie zu 80 % gefördert wird, überschattet jede Vernunft. Gleiches gilt für ein Römerfest, für das der Steuerzahler mit 45 Tausend Euro bluten muss.

Die Politik täte besser daran, ein offenes Ohr für die wirklich wichtigen Probleme der Bürger unserer Stadt Übach-Palenberg zu haben. 500 Bedarfsgemeinschaften sprechen eine deutliche Sprache:

Steigende Preise, Altersarmut und die Angst vor dem möglichen Verlust des Arbeitsplatzes.

Das sind die Sorgen der Menschen in unserer Stadt, erzählen Sie denen mal was über Klangbrücken, Bronzeschildkröten und leuchtende Wassertürme.

Und jetzt noch das Freibad!

Vor 9 Monaten lagen die Kosten für die Sanierung bei 1,3 Mio. Euro. Auf dieser Grundlage hat der Rat einen Grundsatzbeschluss gefasst, eine ausreichende Wasserfläche zur Verfügung zu stellen. Als der Haushalt im Dezember aufgestellt wurde, waren es immerhin schon 1,5 Mio. Euro. Gerade mal 10 Wochen später sollen jetzt mehr als 2,2 Mio. Euro in die Hand genommen werden und ein Ende ist nicht absehbar.

Auch beim Hallenbad ging die Verwaltung von einem Investitionsvolumen von 2,2 Mio. Euro aus. Die tatsächlichen Kosten lagen dann bei mehr als 2,6 Mio. Euro.

Gleichzeitig sind die Einnahmen weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben.

Heute erleben wir beim Hallenbad einen Zuschussbedarf von 3200 Euro pro Tag.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, trotz all unserer Warnungen wurde heute die Sanierung des Freibades für mehr als 2 Mio. Euro von der Mehrheit in diesem Rat beschlossen, nach dem Motto „Schwimmen für Stimmen“.

Wieder einmal werden die Stadtverordneten ihrer finanzpolitischen Verantwortung auch für zukünftige Generationen nicht gerecht. Die UWG kann einen solchen Haushalt nicht mit tragen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit“

Stadtverordneter **Utecht** führte aus:  
(Es gilt das gesprochene Wort)

„Sehr geehrte stellvertretende Bürgermeisterin Eva-Maria Piez, meine Damen und Herren,

da meine Vorredner bereits die allgemeinen Daten des Haushaltes ausreichend erwähnt und dargelegt haben, möchte ich für die Fraktion der Grünen in meinen Ausführungen nach einer kurzen Gesamtbewertung nur auf einige für uns wichtige Einzelaspekte eingehen.

Der Schrecken des Haushaltssicherungskonzeptes bleibt für uns zum Glück auch in diesem Jahr erspart. Grundlegend hierfür ist die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die sich auch auf die Einnahmen unserer Stadt niederschlägt. So legt der Gemeindeanteil der Einkommenssteuer deutlich zu, wie auch die Gewerbesteuer und der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer. Ebenfalls die vom Land zugeführte Schlüsselzuweisung steigt um mehr als eine Millionen Euro.

Trotz dieser überaus günstigen Entwicklung, welche sich aus dem momentanen Aufschwung heraus erklärt, sind wir von dem Ziel der „Nettoneuverschuldung Null“ weit entfernt. Neben der erneut um 1,2 Mio. Euro gestiegenen Kreisumlage sind es vor allem die deutlich höheren Investitionen für das Jahr 2008, die uns einen Schuldenabbau verwehren und uns zu einer weiteren Kreditaufnahme zwingen.

Das geplante Investitionsvolumen für das Jahr 2008 erreicht mit 5 ½ Mio. Euro einen Stand, den wir in diesem Umfang seit mehr als zehn Jahren nicht mehr erreicht haben. Die entsprechenden Baumaßnahmen möchte ich folgendermaßen unterteilen. Zum einen in zwingend notwendige Ausgaben, zweitens in besondere Gelegenheiten zur Fortentwicklung und drittens in aus der Bürgerschaft forcierte Vorhaben.

Zu den zwingend notwendigen Ausgaben, welche den Großteil ausmachen, zählen die Brandschutzvorkehrungen an unseren Schulen, die neue Heizungsanlage im Gymnasium, wie auch die erforderlichen Kanal- und Neubauten. Diese Ausgaben

sind sicherlich die am wenigsten kontrovers diskutierten Blöcke, da sie erst ein vernünftiges und sicheres Fortbestehen unserer städtischen Infrastruktur und Einrichtungen ermöglichen.

Mit den besonderen Gelegenheiten zur Fortentwicklung möchte ich das Projektbündel der EuRegionale 2008 benennen. Als besondere Gelegenheit sind diese Investitionen anzusehen, da wir mit einer 80%igen Unterstützung von der Seite des Landes rechnen können. Mit dem Wohnmobilstellplatz, der Attraktivierung des Schlosses in Zweibrücken, dem Informationspunkt und den Spielanlagen im Naherholungsgebiet, der Gestaltung der Brücke in Rimburg, dem Römerfest und dem Bau der Klangbrücke wird das Wurmatal kulturell weiterentwickelt und die Identität unserer Region gestärkt. Die historischen Bauten sowie die bergbaulichen Hinterlassenschaften im Verlauf der Wurm werden so mit Sport- und Freizeitangeboten in der Region zu einem Netzwerk verbunden. Mit dem Projekt der EuRegionale 2008 schaffen wir es so, zu deutlich günstigen Bedingungen, wichtige Impulse für unsere Region zu verwirklichen, welche wir ohne eine derartige Unterstützung lange Zeit nicht realisieren könnten. Aufgrund der wichtigen Auswirkungen auf die Wirtschaftsförderung, die Regionalentwicklung und den Kulturtourismus sind wir auch weiterhin von Realisierung dieses Projektes überzeugt. Falls wir diese Unterstützung nicht einstreichen würden, dann würden dies andere Städte tun.

Der dritte bedeutende Bereich der Investitionsausgaben, welcher von unseren Bürgern besonders forciert wurde, ist selbstverständlich die Neugestaltung unseres Freibades. Einstimmigkeit im Rat herrscht darüber, dass wir den klar formulierten Willen unserer Bürger hier folgen möchten. Bei der Ausgestaltung dieses Projektes jedoch gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Fraktionen im Rat unserer Stadt, wie wir dies ja bereits im vorangegangenen Tagesordnungspunkt zur Variantenentscheidung des Freibades gesehen haben. Auch wenn die Entscheidungsfindung nun schon einige Zeit andauert und einige Bürger dies mit Argwohn betrachten ist es selbstverständlich, dass eine derart finanzkräftige Entscheidung nur nach den entsprechenden notwendigen Beratungen stattfinden kann. Klar ist zu diesem Zeitpunkt jedoch für uns, dass wir im Jahr 2009 wieder eine Wasserfläche für die Bürger unserer Stadt zur Verfügung stellen werden.

Als vorletzten Punkt möchte ich auf das Thema Energie eingehen. In den vergangenen Jahren haben wir zu den Haushaltsberatungen bereits Anträge gestellt weitere Geldmittel für energetische Investitionen zur Verfügung zu stellen, wo dies zu einer deutlichen Kostenreduzierung und einem umweltgerechteren Betrieb führt.

Aus dieser Tradition heraus möchten wir auch unseren Prüfauftrag zu einer Photovoltaikanlage verstanden wissen, welchen ich Ihnen nun vorstellen möchte.

Da im Jahre 2008 die derzeit gültigen Richtlinien nach dem Energieeinspeisegesetz auslaufen muss aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten eine kommunale Solarinitiative auch im Jahr 2008 realisiert werden. Wir schlagen deshalb dem Rat und der Verwaltung vor in Übach-Palenberg eine Photovoltaikanlage von etwa 25 kWp zu verwirklichen. Die Investitionskosten lägen bei etwa 100.000 Euro. Durch das Energieeinspeisegesetz würden wir eine jährliche Einnahme von 8.000 Euro bis 10.000 Euro über zwanzig Jahre festgeschrieben erhalten. Nach Ablauf der Festschreibung und Garantieerklärung der Hersteller hätte die Stadt Übach-Palenberg mindestens 160.000 Euro eingenommen und mehr als 220 Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart.

Um jetzt auf Grund der Zeit nicht einen Haushaltsänderungsbeschluss erwirken zu müssen, verstehen wir diesen Antrag als Prüfauftrag an die Verwaltung und bitten

dann um eine Bereitstellung im laufenden Haushalt beziehungsweise im Nachtragshaushalt. Bei weiteren Fragen steht Ihnen in der Diskussion mein Fraktionskollege Rainer Reißmayer sicherlich gerne zur Verfügung.

Als besonders positiv betrachten wir somit auch die für die Heizungsanlage im Gymnasium eingesetzte Summe von 650.000 Euro. So verschwindet hier zum Glück ein großer „Eurofressender Klimakiller“ in unserer Stadt.

Lassen sie mich zum Schluss noch auf das Thema Kinder, Jugend und Familie eingehen. Mit dem Jugendforum, dem weiteren Umbau unserer Schulen zu Ganztagschulen, dem Babybegrüßungspaket, dem Lokalen Bündnis für Familien und der Erstellung eines Familienberichtes möchten wir deutliche Zeichen setzen, um in Zukunft noch stärker auf die Familien in unserer Stadt eingehen zu können. Unsere bisherigen Bemühungen mit der Beschäftigung des Streetworkers und dem Jugend- und Seniorenzentrum am Bahnhof finden somit hier ihre weitere Fortentwicklung. Unser Ziel ist es Übach-Palenberg als familienfreundliche Stadt zu etablieren und so auch in Zukunft weitere Bewohner für unsere Kommune gewinnen zu können.

Bedauerlich sind vor diesem Hintergrund die Auswirkungen des vom Land verabschiedeten Kinderbildungsgesetzes (KiBiz). Aufgrund der Novellierung dieses Gesetzes kommt es zu deutlichen Mehrkosten für die Träger der Kindergärten. In der Folge übernimmt unsere Stadt die Defizitdeckung unserer Kindergärten in der Höhe 250.000 Euro. So werden hier wieder einmal die Aufgaben des Landes von der Kommune getragen, ohne dass ein finanzieller Ausgleich zustande kommt. Eine entsprechende Herangehensweise hat sich bei der Diskussion um die Lernmittelfreiheit gezeigt.

Obwohl wir leider auch in diesem Jahr unsere Stadt weiter verschulden werden, sehen wir bei den geplanten Maßnahmen wenig Alternativen. Der finanzielle Großteil der Ausgaben ist sicherlich auch als nachholend zu betrachten und wird somit die zukünftigen Haushalte entlasten. Aus diesem Grund wird der vorgelegte Haushalt auch unsere Zustimmung finden.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.“

Stadtverordneter **Offermanns** führte aus:  
(Es gilt das gesprochene Wort)

„Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Piez,  
sehr geehrter Herr Erster Stadtbeigeordneter Piotrowski,  
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,  
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung  
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt,  
sehr geehrter Herr von der Presse!

Genesungswünsche an den Bürgermeister.

Wieder ist ein Jahr vergangen und wir haben heute den Haushalt von 2008 zu verabschieden!

Befassen wir uns mit den Dingen die ich bei meiner letzten Haushaltsrede vor einem Jahr angesprochen hatte und was ist davon bisher geschehen? Oder angepackt worden?

Das Personal-Entwicklungskonzept fehlt immer noch, werde in Zukunft keiner Erhöhung mehr zustimmen, vor allem nicht in den oberen Gehaltsklassen! Es sei denn es ist sachlich und fachlich einwandfrei begründet und eine Weiterentwicklung in der Personal-Hierarchie zu erkennen!

Eine sehr erfreuliche Entwicklung ist die finanzielle Verbesserung der Stadt. Hier hat unser Kämmerer viel geleistet! Ich weiß, dass er die neuen Mittel gut verwalten wird und hoffe, dass auch die Schuldenlast ein wenig getilgt werden kann durch die unvorhergesehenen Mehreinnahmen!

Der Dorfplatz Siepenbusch ist von den Bürgern in einmaliger Art und Weise errichtet worden und dafür möchte ich mich von hier aus ganz herzlich bedanken. Wie ich im letzten Jahr schon angesprochen hatte, fehlt nun aber der Dorfgemeinschaft unter Führung von Josef Gerads nur noch 10.000,00 Euro, alles andere machen die fleißigen Bürger wieder in Eigenleistung! Damit auch die Stadt Übach-Palenberg ihren Beitrag dazu leistet, beantrage ich die Summe von 10.000,00 Euro für die Errichtung eines Treffpunktes in Siepenbusch! Das ist nicht mehr als wie wir auch für die Errichtung eines Vereinsheimes zum Beispiel am Buchsberg in Übach bezahlt haben! So eine vernünftige Baumaßnahme muss sein, denn alle Bürger sind gleich zu behandeln, vor allem in den Randgebieten unserer Stadt!

Dann steht da noch die Freibad-Sanierung dringend an, damit unsere Bürgerinnen und Bürger im nächsten Sommer hoffentlich wieder baden gehen können, aber auch für den großen VfR Schwimmverein muss eine Wettkampfbahn draußen geschaffen werden und nicht zuletzt auch unsere Schulkinder und Jugendlichen brauchen ein modernes Freibad.

Nach meiner Meinung sollte das aber kein Ökobad sein!

Die Besichtigungen der Ökobäder konnten mich nicht überzeugen!

Die Renovierung der Sauna sollte auch dringend geplant und berechnet werden, hier ist hoffentlich nicht mit großen Summen zu rechnen!

Dagegen sieht es in unserer Stadt alles andere als sauber aus! In den Straßen sind zuwenig Mülleimer aufgestellt, so dass unsere Bürger manchmal wirklich nicht wissen wohin mit dem Abfall und wenn es die sogenannte Kippe ist!

Auch der Straßenzustand ist in einigen Bereichen eine Katastrophe, hier vor allen Dingen die Thornstraße in Übach die wohl „dringendst“ gemacht werden muss!

Die von mir angeprangerten Schandflecken sind in keinsten Weise in Angriff genommen worden, hier kann der Bürger nur eine Anzahl von Ratten und sonstigem Ungeziefer feststellen!

Weder am „Hotel Ernst“ noch ist was mit der alten Tankstelle bei Thomas Philippen geschehen? So kann es nicht weitergehen, in dem man ein ganzes Jahr im Dornröschenschlaf verbringt, zumindest hat das für den Bürger diesen Anschein!

Auch hatten wir auf Antrag der CDU den Kreisverkehr am Baesweiler Weg beschlossen und mit meinem Vorschlag auch die Anbindung an das Thorngebiet!

Im Haushalt waren die Mittel in 2007 bereit gestellt!

Wieso ist der Kreisverkehr immer noch nicht gebaut, dafür haben die Bürger kein Verständnis und ich weiß nicht mehr was ich den Bürgern noch sagen soll! Fordere hiermit die Verwaltung auf sich dringend darum zu bemühen, dass die Baumaßnahme nun unverzüglich beginnen könne und auch die Strommasten endlich demontiert werden!

Warte gespannt auf das Gutachten der Stadt über die weiteren Planungen der Kreisverkehre, was einstimmig beschlossen wurde, denn nur die dringende Entfernung der Ampelanlage ist eine Investition in die Zukunft, von den Umweltschäden mal abgesehen! Und hier können wir viel Geld einsparen mit Kosteneinsparungen in den kommenden Jahren.

Hoffe auch das die Turnhalle in Palenberg in diesem Jahr endlich renoviert wird!

Werde den Haushalt dieses Mal noch zustimmen, doch sollten meine Forderungen bis zum Jahresende nicht gemacht bzw. angepackt werden, wird es im nächsten Jahr ohne die Zustimmung der FDP sein!

Bedanken möchte ich mich beim Kämmerer und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeiten mit dem Haushalt und bei ihnen für ihre Aufmerksamkeit!“

Stadtverordneter **Weißborn** zeigte sich positiv überrascht von der Haltung der CDU-Fraktion, den Antrag auf Lernmittelfreiheit für Kinder aus sozialschwachen Familien unterstützen zu wollen. Grundsätzlich sehe er damit die gute Praxis bestätigt, dass man trotz aller parteipolitischen Unterschiede in der Sache zusammen arbeiten wolle zum Wohle der Stadt.

Zu den Ausführungen der Stadtverordneten Weinhold erklärte er, dass er die grundsätzliche Ablehnung der EuRegionale nicht nachvollziehen könne. Gerade die dort realisierten Projekte kommen der Gesamtbevölkerung Übach-Palenbergs zugute und damit gerade auch den Menschen, die nicht soviel „in der Tasche“ haben. Vergewärtige man sich, dass mit einer 80-%igen Förderung und dem geringen städtischen Eigenanteil außergewöhnliche Projekte umgesetzt werden könnten, habe er kein Verständnis dafür, die grundsätzliche Beteiligung hieran abzulehnen. Auch die von der UWG vorgeschlagene Ablehnung des Freibad-Projektes treffe vor allen die Kinder unserer Stadt, die schon sehnsüchtig auf eine Außenwasserfläche im Sommer warten.

Stadtverordnete **Weinhold** erinnerte daran, dass die Forderung zur Deckelung der Ausgaben für das Freibad noch im Juli 2007 von Herrn Weißborn beantragt worden sei. Sie könne nach wie vor eine derartige Verteuerung des Projektes nicht befürworten. Sich mit der Argumentation auf die Kinder zu stützen, greife zu kurz. Beispielsweise werde das Schulschwimmen schon jetzt im Hallenbad durchgeführt. In dieses habe man sehr viel Geld reingesteckt. Das Gebäude solle auch dementsprechend genutzt werden.

Stadtverordneter **Meertens** erinnerte daran, dass gerade auch von Seiten des Landes die Kommunen angehalten werden ihre Sparsbemühungen weiter fortzusetzen.

Er sehe durchaus Potential das Freibad kostengünstiger zu realisieren.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass alleine das Hallenbad nicht ausreiche. Er sehe vielmehr die Wiedereinrichtung des Freibades als Beitrag zur Daseinsvorsorge. Der damalige Antrag zur Deckelung der Kosten sei gestellt worden aufgrund einer groben Schätzung der zu erwartenden Ausgaben. Dass sich im Verlauf der weiteren Untersuchung ein höherer Kostenrahmen abgezeichnet habe, sei damals von sämtlichen Beteiligten und auch der Verwaltung nicht absehbar gewesen. In Bezug auf die Forderung des Stadtverordneten Meertens erklärte er, dass eine kostengünstigere Variante immer noch dahingehend zu beurteilen sei, was hier der Bevölkerung zugemutet werden könne und überhaupt Sinn mache.

Stadtverordneter **Rißmayer** erinnerte daran, dass die seinerzeitige Ablehnung des Antrages zur Übernahme der Kosten für die Lernmittelfreiheit dadurch begründet worden sei, dass man dem Landesgesetzgeber habe deutlich machen wollen, dass man die von ihm vorgenommene Umverteilung der Kosten von der Landes- auf die Kommunalebene ablehne. Die Unterstützung bedürftiger Familien über einen Sozialfonds herzustellen sehe er als durchaus sinnvolle Alternative. In Bezug auf die Ausführungen zur Umsetzung des Leistungsentgeltes bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst verwies er darauf, dass aus seiner beruflichen Kenntnis es durchaus nicht ungewöhnlich sei, dass mittels des Gießkannenprinzips eine Verteilung der Gelder vorübergehend vorgenommen werde. Hintergrund sei, dass es in Bezug auf die bestehende Regelung weder Praxiserfahrung noch konkrete Anleitungen gebe und die Gelder nicht liegenbleiben sollten. Er könne durchaus nachvollziehen, dass sich der Personalrat der Stadt Übach-Palenberg in der jetzigen Situation so entschieden habe.

Stadtverordneter **Weißborn** bat darum, bei den Maßnahmen zur Erneuerung der Straßenbeläge, auch diese jeweils mit den betroffenen Bürgern abzustimmen.

Stadtverordneter **Gudduschat** schloss sich den Ausführungen des Stadtverordneten Weißborn an und plädierte ebenfalls dafür, dass eine Prioritätenliste erstellt und diese auch mit den entsprechenden Anwohnern abgestimmt werde. Den Prüfantrag zur Errichtung einer Photovoltaik-Anlage halte er persönlich ebenfalls für sinnvoll und unterstützenswert. Im Zusammenhang mit der Einführung einer leistungsgerechten Bezahlung erläuterte er, dass es durchaus Beispiele aus anderen Städten gebe, in denen dieses System umgesetzt worden sei.

Stadtverordneter **Josef Fröschen** zeigte sich verwundert über die Rede der Stadtverordneten Weinhold. Die UWG habe beim letzten Kommunalwahlkampf mit einer zweifelhaften Wahlkampfpublikation den Zustand der Stadt als besonders schlecht dargestellt und dies versucht auch durch fragwürdige Fotodokumente zu dokumentieren.

Es erscheine ihm nicht nachvollziehbar, warum man sich nunmehr bei Investitionsmaßnahmen zur Sanierung und Attraktivierung verschiedener Projekte im Stadtgebiet verweigere.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, dass es sich wichtig sei in Bezug auf die leistungsgerechte Bezahlung, ein Instrument zu entwickeln, das funktioniere und erst danach die Umsetzung angehe.

Stadtverordneter **Meertens** verwies darauf, dass die Ablehnung der UWG-Fraktion zu verschiedenen Projekten von notwendigem Sparbedarf der Kommune getragen sei. Dass es sich hierbei durchaus um positive Maßnahmen handele, könne er nachvollziehen, jedoch halte er die vorgelegte Finanzierung für nicht verantwortbar.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erläuterte in Bezug auf die Vorwürfe gegenüber dem Personalrat, die leistungsgerechte Bezahlung in Übach-Palenberg noch nicht einführen zu wollen, dass man dieses Votum als erklärten Willen der Belegschaft verstehen müsse. Diese habe eine eindeutige Aussage getroffen. Man werde sicherlich im kommenden Vierteljahresgespräch diese Thematik noch einmal aufgreifen. Ein diesbezüglicher Tagesordnungspunkt stehe auch schon auf der Tagesordnung.

**Erste stellvertretende Bürgermeisterin Piez** unterbrach auf Wunsch der Fraktionen die Sitzung für eine Pause von 19.14 Uhr bis 19.25 Uhr.

**Erste stellvertretende Bürgermeisterin Piez** lies darauf hin, über die Änderungsanträge abstimmen.

#### **I. Beschlüsse zu Anträgen der Fraktionen:**

##### **Anträge der SPD-Fraktion**

1. Für die Maßnahme „Kein Kind ohne Bildung“ zur Übernahme der Eigenanteils an den Lernmitteln für die Kinder von Hartz-IV-Empfängern werden 10.000 Euro bereitgestellt.
2. Für die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie zur städtischen Sauna werden 5.000 Euro bereitgestellt.
3. Zur Vorplanung der Umgestaltung des Rathausplatzes werden 10.000 Euro bereitgestellt.
4. Für die Vorprüfung zur Realisierung des Feuerwehrgerätehauses in Scherpenseel werden 2.000 Euro bereitgestellt.
5. Für den Neubau des Freibades werden Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1.435.000 Euro erteilt.

##### **Änderungsanträge der CDU-Fraktion:**

**(Der Rat einigte sich darauf hierüber im Block abzustimmen)**

6. Im Investitionsprogramm 2007 bis 2011 werden folgende Verpflichtungsermächtigungen aufgenommen:

**Einzelplan 130 Feuerlöschwesen  
Neubau eines Feuerwehrgerätehauses Scherpenseel  
20.000 Euro in 2009 als Verpflichtungsermächtigung  
280.000 Euro Restkosten frühere Einstellung in 2010**

**Einrichtung Feuerwengerätehaus Boscheln und Scherpenseel  
20.000 Euro in 2009 als Verpflichtungsermächtigung  
20.000 Euro Restkosten frühere Einstellung in 2010**

**Einzelplan 210 Grundschulen  
Um- und Ausbau der KGS Übach (Dachbereich)  
330.000 Euro in 2009 als Verpflichtungsermächtigung**

**Einzelplan 630 Gemeindestraßen  
Erneuerung von Straßenbelägen  
150.000 Euro in 2009 als Verpflichtungsermächtigung**

**Antrag der UWG-Fraktion:**

7. Der Überschussbetrag von ca. 1 Mio. Euro wird in die allgemeine Rücklage überführt.

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

8. Prüfauftrag an die Verwaltung zur Errichtung einer Photovoltaikanlage und ggf. spätere Bereitstellung von Kosten im laufenden Haushalt oder im Nachtragshaushalt.

**II. Beschluss:**

1. Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008 wird in Ausgabe und Einnahme gemäß dem von der Verwaltung geänderten Haushaltsentwurf zum Stand der Sitzungsvorlage vom 08.02.2008 und den vorab beschlossenen Änderungsvorschlägen der Fraktionen wie folgt beschlossen:

<b>Verwaltungshaushalt</b>	<b>51.537.390 €</b>
<b>Vermögenshaushalt</b>	<b>10.093.250 €</b>
<b>Kreditaufnahme</b>	<b>3.337.190 €</b>
<b>Verpflichtungsermächtigungen</b>	<b>3.303.000 €</b>
<b>Höchstbetrag der Kassenkredite</b>	<b>3.000.000 €</b>

**Steuerhebesätze:**

<b>Grundsteuer A</b>	<b>240 v.H.</b>
<b>Grundsteuer B</b>	<b>379 v.H.</b>
<b>Gewerbesteuer</b>	<b>399 v.H.</b>

**Änderung des Haushaltsplanes aufgrund der beschlossenen Änderungsvorschläge der Fraktionen**

	bisher *	Ansatz - Bedarf	mehr
	€	€	€
<b>VERWALTUNGSHAUSHALT</b>			
130-6550 Gutachten pp.	0	2.000	2.000
452-5702 Kein Kind ohne Bildung	0	10.000	10.000
571-6550 Gutachten, Machbark. Studie Sauna	100	5.100	5.000
Summe	100	17.100	17.000
912-8610 dadurch Änderung der Zuführung	2.519.500	2.502.500	-17.000
<b>Umfang Verw.HH</b>	<b>51.537.390</b>	<b>51.537.390</b>	<b>0</b>

<b>VERMÖGENSHAUSHALT</b>					
912-3010	Zuführung vom Verwaltungshaush.	2.519.500	2.502.500	-17.000	
	<b>Umfang Verm.HH - Einnahme</b>	10.110.250	<b>10.093.250</b>	-17.000	
	<b>Ausgabe</b>				
610-9508	Umgestaltung Rathausplatz	0	10.000	10.000	
	Stand:	10.110.250	10.120.250		
	Absetzungen 700.9460/61 **		-27.000	-27.000	
	<b>Umfang Verm.HH</b>	10.110.250	<b>10.093.250</b>	-17.000	
	<b>Verpflichtungsermächtigungen</b>				
		bisher *	<b>2009</b>	<b>Gesamt-</b>	Ansatz
				<b>Kosten</b>	in 2009
					in 2010
130-9362	Einrichtung Feuerwehrgerätehaus	0	20.000	40.000	20.000
130-9404	Neubau FWGHaus Scherpenseel	0	20.000	300.000	20.000
571-9402	Neubau Freibad	1.170.000	1.435.000	2.335.000	1.435.000
210-9425	Um- und Ausbau KGS Übach	0	330.000	330.000	330.000
630-9500	Erneuerung von Straßenbelägen	0	150.000	150.000	150.000
			1.955.000		
	davon eingestellt bisher *		1.170.000		
	bisher *		2.518.000		
	<b>neue Verpflichtungsermächtigung</b>	<b>3.303.000</b>			
*	Stand laut Vorlage vom 8.2.2008				
**	wegen Mindereinnahme und Mehrausgabe				

**2. Das Investitionsprogramm 2007-2011 wird mit einem Gesamtvolumen von 26.487.050 € beschlossen.**

**3. Von der Finanzplanung wird Kenntnis genommen.**

**Abstimmungsergebnisse zu I:**

- 1. Einstimmig**
- 2. 28 Ja-Stimmen  
2 Enthaltungen**
- 3. 24 Ja-Stimmen  
6 Nein-Stimmen**
- 4. Einstimmig**
- 5. 24 Ja-Stimmen  
6 Nein-Stimmen**
- 6. Einstimmig**
- 7. 6 Ja-Stimmen  
24 Nein-Stimmen**
- 8. Einstimmig**

**Abstimmungsergebnis zu II:**

1. 24 Ja-Stimmen  
6 Nein-Stimmen
2. Einstimmig
3. Einstimmig

**15 Bekanntgabe und Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Haushaltsjahr 2007 nach § 82 (1) GO NW (alte Fassung)**

---

**Beschluss:**

Die im Jahre 2007 geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben laut Anlage werden genehmigt (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**16 Bekanntgabe des Ergebnisses der Jahresrechnung 2007 nach § 92 (2) GO NW (alte Fassung)**

---

**Beschluss:**

Das Ergebnis der Jahresrechnung wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Jahresrechnung wird an den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen (Das Ergebnis der Jahresrechnung ist Bestandteil der Ergänzung der Sitzungsunterlagen zu dieser Sitzung und in der Urschriftensammlung enthalten).

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**17 6. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Übach-Palenberg**

---

**Beschluss:**

Die in der Anlage beigefügte Satzung zur 6. Änderung der Hauptsatzung vom 04.05.1998 wird beschlossen (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

18 **3. Änderung der Zuständigkeitsordnung für den Rat, die Ausschüsse und den Bürgermeister vom 17.09.1999**

hier: personalrechtliche Entscheidungen

---

**Beschluss:**

Die Zuständigkeitsordnung wird wie folgt geändert:

§ 5 Abs. 4 Buchst. k) wird gestrichen.

§ 11 Abs. 4 Buchst. a) wird wie folgt neu gefasst:

„Dienstrechtliche und arbeitsrechtliche Entscheidungen, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

Entscheidungen für Bedienstete in Führungspositionen, die das beamtenrechtliche Grundverhältnis oder das Arbeitsverhältnis eines Bediensteten zur Stadt verändern, werden gemäß § 8 Absatz 3 der Hauptsatzung getroffen.“

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

19 **Entsendung von Delegierten in die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Eifel-Rur**

---

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** berichtete darüber, dass in der Hauptverwaltungsbeamtenkonferenz vom gestrigen Tage eine Unterstützung für einen zusätzlichen Vertreter der Stadt Übach-Palenberg in der Verbandsversammlung signalisiert worden sei.

**Beschluss:**

Als Delegierte der Stadt Übach-Palenberg in die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Eifel-Rur werden bestellt:

1. Stadtverordnete Joachim Fröhlich
2. Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll

Die Stadt Übach-Palenberg wird ihre verbleibende Beitragsteileinheit (0,7510) zur Wahl eines Vertreters aus dem Kreis Heinsberg verwenden.

Nach Abstimmung in der Hauptverwaltungsbeamtenkonferenz wird für die Wahl in der Stimmgruppe als weiterer Vertreter ein Kandidat der Stadt Übach-Palenberg vorgeschlagen. Der Rat schlägt hierfür folgende Person vor:

3. Stadtverordneter Josef Fröschen

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

## 20 Erweiterungen zur Tagesordnung

---

### 20.1 Zuschuss zu dem Projektkonzept „Brücke – Vertiefte Berufsorientierung“ der AWO Service gGmbH und der Caritas Werkstatt Schierwaldenrath gGmbH

---

#### Beschluss:

Die Stadt Übach-Palenberg begrüßt und unterstützt das v. g. Projektkonzept soweit hiervon Schülerinnen/Schüler an Schulen partizipieren, die in der Schulträgerschaft der Stadt Übach-Palenberg stehen. Für jede/n teilnehmende/n Schüler/in wird hierzu einmalig ein Zuschuss von 10,- € gewährt. Entsprechende Mittel hierfür werden im Haushalt 2008 bereit gestellt.

#### Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

### 20.2 Einrichtung einer zusätzlichen Planstelle in der Entgeltgruppe 5 TVöD

---

#### Beschluss:

Es ist mit sofortiger Wirkung eine Planstelle in der Entgeltgruppe 5 TVöD einzurichten.

#### Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

## 21 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

---

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** berichtete über die Satzung zur Änderung der Anzahl der Mitglieder des Stadtrates zur Kommunalwahl 2004 vom 11.10.2002. Damals sei die Zahl der Ratsmitglieder von 38 auf 32 reduziert worden.

In der Vergangenheit gab es eine rechtliche Diskussion darüber, ob zu jeder Kommunalwahl ein entsprechender Satzungsbeschluss zur Festlegung der Mitgliederzahl des Stadtrates zu treffen sei. Aufgrund der nunmehr geänderten Gesetzeslage sei eine erneute Beschlussfassung zwar nicht mehr nötig, jedoch werde empfohlen, den Stadtrat schon beizeiten darauf hinzuweisen, dass grundsätzlich die Möglichkeit bestehe, zur Anpassung der Mitgliederzahl des Rates einen neuen Beschluss zu fassen. Nach Kommunalwahlgesetz müsse ein entsprechender Beschluss spätestens 15 Monate vor Ablauf der Wahlperiode getroffen werden. Da diese am 20.10.2009 auslaufe, sei spätestens am 20.07.2008 ein entsprechender Ratsbeschluss zu fassen.

Soweit eine Notwendigkeit hierzu gesehen werde, seien die Fraktionen und Parteivertreter aufgerufen, einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass er schon jetzt sagen könne, dass die SPD-Fraktion eine Änderung der Mitgliederzahl des Rates nicht anstrebe.

Beigeordneter **Schlüter** wies darauf hin, dass mit der Errichtung der Grünanlage am Schulzentrum neben der Anlage entsprechender Wege auch eine kleine Bouleanlage installiert werde. Diese werde keine zusätzlichen Kosten verursachen, da sich ein Sponsor hierfür gefunden habe.

## 21.1 Bericht zum Sachstand der Euregionale 2008; Stand: Februar 2008

---

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

## 22 Einwohnerfragestunde

---

Fragen von Einwohnern ergaben sich nicht.

**Erste stellvertretende Bürgermeisterin Piez** schloss um 19.40 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Erste stellvertretende Bürgermeisterin Piez** um 20:05 Uhr die Sitzung.

Piez  
Erste stellvertretende Bürgermeisterin

Schröder  
Schriftführer